

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 19.11.2019

**AN/1567/2019**

## **Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss für Umwelt und Grün	28.11.2019

### **Zur Herkunft der Steinkohle im HKW Rostock der Rheinenergie AG**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

DIE LINKE Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 28.11.2019 zu nehmen:

Die RheinEnergie ist zusammen mit der EnBW am Kraftwerk Rostock beteiligt, welches von der Kraftwerks – und Netzgesellschaft mbH betrieben wird.

Sie hält dabei einen Anteil von 49,6% (EnBW 50,4%).

Das Kraftwerk verfügt über eine Feuerungsleistung von 1370 Megawatt und deckt, gemäß den Angaben des Betreibers, mehr als 20% des Energiebedarfes des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Mittlerweile stammt sämtliche in Deutschland verwandte Steinkohle aus dem Ausland. Ausschlaggebend hierfür ist der Preis der Kohle.

Dieser Preis ist der besseren Erreichbarkeit der Kohle beim Abbau, aber auch (zumindest sehr häufig) kaum vorhandenen Umweltstandards, katastrophalen politischen und sozialen Bedingungen geschuldet.

Häufig sind eine verschmutzte Umwelt, Landraub, eine sinkende Lebenserwartung und Verarmung der Bevölkerung in den Abbaugebieten der wahre Preis der günstigen Kohle.

So kam es - u.a. durch die Zerstörung von Sozial-, als auch Erwerbsstrukturen durch den Kohleabbau in Indien - zu massiven Einschnitten für die betroffene Bevölkerung:

Es verschlechterten sich beispielsweise die Hygienebedingungen und die Versorgungssituation, als auch der Zugang zum Gesundheitswesen. Die Lohnarbeit dagegen gewann an Bedeutung, wodurch sich wiederum die soziale und wirtschaftliche Position von Frauen verschlechterte.

In Mosambik wurden tausende von Familien für den Steinkohleabbau auf unfruchtbares und wasserarmes Land umgesiedelt. Dazu kamen noch Probleme mit dem verschmutzten Grubenwasser, welches das dort vorhandene Grund- und Oberflächenwasser zu verschmutzen droht.

Auch in Bangladesch droht hunderttausenden von Menschen Umsiedlung und Wasserverschmutzung, jedenfalls sofern die Pläne für eine Mine im Nordwesten des Landes umgesetzt werden.

In vielen Ländern schützen auch brutale Sicherheitsdienste die Interessen der Abbaunternehmen. Dieses ist beispielsweise in Südafrika, Kolumbien und Indonesien der Fall. Zumeist geschieht dies mit Duldung der dortigen Regierungen.

Selbst der Arbeitsschutz spielt häufig keine Rolle, so dass die Arbeit im Steinkohleabbau sehr gefährlich und extrem ungesund ist.

Auch wenn wir vielleicht nur noch für eine kurze Übergangsfrist auf den Primärenergieträger Steinkohle angewiesen sind, sollten wir uns daher für die Bedingungen interessieren unter denen die Steinkohle abgebaut wird.

Gemäß eines Artikels (vom 30.01.2019) in der Ostseezeitung gehen die Betreiber der Kraftwerkes von einer Laufzeit bis in das Jahr 2034 aus.

Die vom Kraftwerk benötigte Kohle wird gemäß desselben Artikels per Schiff angeliefert.

Hierzu stellen sich uns die folgenden Fragen:

- 1) Aus welchen Abbaugebieten stammt die Steinkohle für das Kraftwerk Rostock?
- 2) Der Steinkohleabbau greift in die Lebensbedingungen der ansässigen Bevölkerung ein. Über welche Mitspracherechte und Einflussmöglichkeiten hinsichtlich einer evtl. Umsiedlung sowie Entschädigung (als auch anderen Punkten der Betroffenheit) verfügen die betroffenen Menschen dort?
- 3) Welche Umweltschutzbestimmungen müssen beim Abbau und Abtransport der im Kraftwerk verwandten Steinkohle eingehalten werden?
- 4) Welche Vorkehrungen zum Schutz der Mitarbeiter müssen beim Abbau und Abtransport der im Kraftwerk verwandten Steinkohle eingehalten werden?
- 5) Zurzeit fordert eine Initiative namhafter Organisationen ein umfassendes Lieferkettengesetz zur Sicherung der ökologischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen in den Erzeugerländern. Welche Möglichkeiten werden gesehen, die Steinkohle zu vergleichbaren Kriterien zu beziehen?

Michael Weisenstein	Hamide Akbayir
Fraktionsgeschäftsführer	Ausschussmitglied